

## **DIE BLEIERNE ZEIT.**

### **Der Prozess gegen die RAF-Terroristen 1975-77**

I. Die Bilder; II. (Rechts-) Geschichte?; III. Die Ereignisse; IV. Die Vorläuferprozesse; V. Die Justizfestung; VI. Der Prozess; VII. Fragen im Rückblick; VIII. Momentaufnahme 2003

#### **I. Die Bilder**

In dem Film des bekannten deutschen Regisseurs Volker Schlöndorff „Die Stille nach dem Schuss“ aus dem Jahr 1999 wird erzählt, wie sich Rita Vogt, eine junge (west-)deutsche Frau, motiviert durch ihren Gerechtigkeitssinn, in den frühen siebziger-Jahren der Roten Armee Fraktion anschliesst. In der Folge beteiligt sie sich an mehreren gewalttätigen Raubüberfällen. Als sie das Scheitern der Bewegung erkennt, taucht sie in der DDR unter und fängt, mit Hilfe der Stasi, eine neue Existenz an. Anders als andere glaubt sie an das ostdeutsche politische System: es verhindere, dass es in der Gesellschaft „ganz arm“ oder „ganz reich“ gebe. Als 1989 die Mauer fällt und sich kurze Zeit danach der sozialistische Staat auflöst, sagt sie trotzig: "Dies war doch ein grossartiger Versuch! Eine Gesellschaft, in der das Geld nicht so wichtig war!"

„Die Stille nach dem Schuss“ – Rita Vogt stirbt auf einer winterlichen Landstrasse durch die Kugeln eines Polizisten - ist ein vergleichsweise später Film über die RAF, zugleich auch ein Film über die Endphase des DDR-Staates, bei dem der schöne Polit-Schein und die Gemütlichkeit kleinbürgerlicher Riten den Zerfall und die Ärmlichkeit des öffentlichen Lebens nicht mehr überdecken können. Rita Vogt, deren Geschichte ansatzweise auf der Biographie der westdeutschen Ex-Terroristin Inge Viett<sup>1</sup> beruht, will dies alles nicht sehen, sie bleibt bis zum bitteren Ende ihren Vorstellungen von einer Welt, wie sie sein sollte, treu.

Wohl der bekannteste Film über die RAF ist die „Die bleierne Zeit“ von Margarethe von Trotta. Auch in diesem Film aus dem Jahre 1981 geht es, in Nacherzählung der Biographie der evangelischen Pfarrerstochter Gudrun Ensslin um die Frage, warum junge Menschen so fanatisiert werden, dass sie ein gesellschaftliches System nicht nur mit politischen und ideologischen Mitteln in Frage stellen, sondern mit Waffengewalt bekämpfen. Das war in den siebziger-Jahren eine für Deutschland dringende Frage. Im Zuge des weltweiten islamistischen und anderen Terrors ist sie heute, 30 Jahre später, immer noch und mehr denn je wieder aktuell. Junge Fanatiker sprengen sich auf Strassen und Plätzen, in Bussen und Restaurants in die Luft. Was einst undenkbar war, ist heute medial verbreiteter Alltag des Grauens. Auch heute leben wir in einer bleiernen Zeit, in der sich sinnlose Gewalt schwer wie Blei über die Gesellschaft legt.

#### **II. (Rechts-) Geschichte?**

Was gehen der Terrorismus und die Justizgeschichte der siebziger Jahre den Rechthistoriker an? Sollte dieser sich nicht lieber um den Sachsenspiegel, die Carolina oder die Kodifikationsgeschichte von ZGB und OR kümmern? Womit befasst sich denn die Rechtsgeschichte überhaupt? *Peter Gauch*, in den 70er-Jahren während kurzer Zeit Dozent des Strafrechts, hat, als es Jahre später um die Wiederbesetzung des Lehrstuhles für Rechtsgeschichte an der Freiburger Rechtsfakultät ging, mit der ihm eigenen Gabe sprachlicher Pointiertheit das in Erinnerung gebliebene Diktum geprägt: „Rechtsgeschichte soll sich nicht mit dem beschäftigen, das nicht mehr gilt, sondern erklären, warum gilt, was

---

<sup>1</sup> Inge Viett wurde 1990 in der ehemaligen DDR zusammen mit 9 anderen Ex-Terroristen enttarnt; die DDR hatte RAF-Mitgliedern jahrelang Unterschlupf und eine neue Existenz geboten. Siehe dazu Butz Peters, RAF-Terrorismus in Deutschland, Stuttgart 1991, S. 11ff. und S. 299ff.

gilt!“ Und er meinte damit, so wie ihn der Schreibende verstand, dass sich die Rechtsgeschichte nicht mit den abgestorbenen, nur mehr museal interessanten Teilen früherer Rechtsordnungen beschäftigen soll, sondern die historischen Wurzeln des geltenden Rechts freilegen und sichtbar machen muss. Dazu gäbe es viel zu sagen. In Bezug auf das gewählte Thema hier nur dies: Die Geschichte der RAF ist ohne Zweifel eine Geschichte ideologisch fanatisierter, gesellschaftlicher Verlierer. Mit ungeeigneten, nämlich gewalttätigen Mitteln wurde gesellschaftliche Veränderung angestrebt. Die Prozesse, die der deutsche Staat gegen die RAF-Mitglieder geführt hat, sind ein höchst interessantes Lehrstück neuerer Justizgeschichte. Sie erklären verschiedene Elemente des heutigen deutschen Straf- und Strafprozessrechts. Die Beschäftigung mit ihnen ist aber nicht nur im Rahmen der juristischen Zeitgeschichte, jener unlängst entstandene Teildisziplin der Rechtsgeschichte<sup>2</sup>, angezeigt. Sie lohnt auch und gerade im Vergleich mit der heutigen – oft ebenso hilflosen – gerichtlichen Bewältigung politisch motivierter Straftaten.

### III. Die Ereignisse

Um was ging es damals? Anfang April 1968, in der Zeit der „Studentenunruhen“ und der Proteste gegen den Vietnamkrieg, den „Konsumterror“ und das „politische Establishment“, brennen in Frankfurt die Kaufhäuser Schneider und Kaufhof. Als Täter verhaften Kriminalbeamte kurz danach Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Söhnlein und Thorwald Proll. Sie werden zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt, doch nur Horst Söhnlein tritt seine Strafe an, die anderen tauchen unter. In einer konspirativen Wohnung trifft man sich am 5. Juni 1970 zum Frühstück mit Tee und Erdbeeren und führt ein Gespräch, das auf Tonband aufgezeichnet wird. Der Text findet seinen Weg in die Presse. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ druckt die Tonbänderklärung in seiner Ausgabe vom 15. Juni 1970 ab: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heisst, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden“<sup>3</sup>. Dieser Text zeigt die Gewaltbereitschaft der Gruppe, aber auch den Grad ihrer Fanatisierung. Der Repräsentant der Staatsgewalt ist kein Mensch, sondern nur mehr eine Maske, ein Exempel, an dem man seine Theorie plausibilisieren will. Schon 1967 hatte Jürgen Habermas vor dem linken Faschismus gewarnt. Aber erst in neueren Zeit hat die Forschung die ideologischen Parallelen freigelegt, die die RAF-Ideologen mit dem von ihnen verhassten Nationalsozialismus verbinden<sup>4</sup>. Den Denkstrukturen der Väter, die man in den 68-er Jahren abgelehnt und bekämpft hatte, bleibt man letztlich treu. Sich selber sieht man als Speerspitze einer gegen den Kapitalismus gerichteten sozialrevolutionären Bewegung; man übernimmt unaufgefordert die Vormundschaft über das „Proletariat“ und erwartet dessen Zustimmung zum Terror<sup>5</sup>.

Dabei ist schon das später hochstilisierte Ausbildungslager im Sommer 1970 bei der El Fatah im Gebirge in der Nähe von Amman ein Flop<sup>6</sup>. Namentlich der „unerträgliche Terroristen-

---

<sup>2</sup> Zum Programm der juristischen Zeitgeschichte vgl. Diethelm Klippel, Juristische Zeitgeschichte, Giessen 1985; Michael Stolleis (Hrsg.), Juristische Zeitgeschichte-ein neues Fach, Baden-Baden 1993; Marcel Senn, Recht-gestern und heute, Zürich 2002.

<sup>3</sup> Zitiert nach Gerhard Fels, Der Aufruhr der 68er, Bonn 1998, S. 206.

<sup>4</sup> Siehe besonders Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003. Der erste, freilich fehlgeschlagene Anschlag am 9. November 1969 galt bezeichnenderweise dem jüdischen Gemeindezentrum Berlin, wo eine Gedenkveranstaltung zur „Reichskristallnacht“ von 1938 stattfand.

<sup>5</sup> Fels, (Fn. 3), S. 207.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Stefan Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, erste Auflage Hamburg 1985; hier zitiert nach der Auflage München 1989, S. 103ff.

Dandy“ Andreas Baader<sup>7</sup> ist den palästinensischen Ausbildern gegenüber äusserst arrogant und verlangt für seine Gruppe eine Sonderbehandlung, womit er die arabischen Gastgeber vor den Kopf stösst. Als sich Peter Homann, ein Mitglied der zwanzigköpfigen deutschen Gruppe seinem Führungsanspruch widersetzt, wird er von Baader und Ensslin innerhalb der Gruppe isoliert. Zurück in Deutschland geht die Gruppe nach der vom brasilianischen Guerilla-Führer Carlos Marighella geprägten Logistik-Formel vor: M-G-W-M-S (Motorisierung-Geld-Waffen-Munition-Sprengstoff)<sup>8</sup>. 1970/71 werden mehrere Banken überfallen; in kurzer Zeit werden so 465'000 Mark erbeutet, mit denen man Waffen und Sprengstoff finanziert. In der ersten Jahreshälfte 1972 erfolgen sechs Bombenanschläge gegen Quartiere der US-Streitkräfte in Deutschland, gegen deutsche Polizei- und Justizbehörden und schliesslich gegen das Verlagshaus Springer, letzteres als Sprachorgan des „imperialistischen“ Systems. Dass dabei Menschen getötet und verletzt werden, wird von der Gruppe billigend in Kauf genommen. Diese sind nach ihrer Logik anonyme Vertreter des zu bekämpfenden Systems. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden sind zunächst hilflos im Umgang mit dieser neuen Form von Gewalt. Rasch werden jedoch die Bemühungen intensiviert, die Täter zu fassen. Ein enormer Polizeiapparat wird auf die Gruppe angesetzt. Wie es ein Mitglied der Gruppe später sagt: „Sie haben den Baum kräftig geschüttelt, und wir sind heruntergefallen“. Bis Mitte 1972 werden alle führenden Mitglieder der ersten Generation<sup>9</sup> der RAF - insgesamt 18 Personen – verhaftet.

#### IV. Die Vorläuferprozesse

Im Herbst 1972 findet in Karlsruhe ein erster Strafprozess gegen Mitglieder des Heidelberger „Sozialistischen Patientenkollektivs“ statt, eine gewaltbereite Gruppe um den Assistenzarzt für Psychiatrie Wolfgang Huber, der die Überzeugung vertritt, dass der Kapitalismus die Ursache aller Krankheiten sei und der Marxismus das einzig mögliche Therapeutikum<sup>10</sup>. Die von ihm für seine psychiatrische Therapiegruppe am Heidelberger Klinikum herausgegebene Parole „Irre ans Gewehr!“ hat durchaus reale Konsequenzen. Man findet bei den Mitgliedern des Patientenkollektivs eine Vielzahl Waffen und Munition. Der Prozess findet unter bis dahin kaum vorstellbaren Krawallen in und ausserhalb des Gerichtssaales statt; sie führen zum Ausschluss der Angeklagten von der Hauptverhandlung.

Im Frühling 1973 findet in Berlin ein Prozess gegen das RAF-Mitglied Horst Mahler statt. Andreas Baader, als Zeuge einvernommen, ruft in diesem zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen wegen „Isolationsfolter“ auf. An diesem ersten Hungerstreik<sup>11</sup> nehmen rund 40 Häftlinge teil. Der erste, der verhungert, ist Holger Meins; er stirbt am 10. November 1974. Dieser und die folgenden Hungerstreiks werden von den Führungsmitgliedern Baader und

<sup>7</sup> Zu Baader vgl. Aust (Fn. 6), S. 16ff., 38ff. und passim.

<sup>8</sup> Vgl. Peters (Anm. 1), S. 86ff.

<sup>9</sup> Es werden bis zum Gewaltverzicht der RAF im Jahr 1992 zwei weitere Generationen folgen. Mit der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback, von Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer (alle 1977), von Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts (1985), von Gerold v. Braunmühl, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt (1986) und Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank (1989) wird sich die Gewalt verstärkt gegen exponierte Repräsentanten von Wirtschaft und Politik richten. In der Erklärung „An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann“ aus dem Jahr 1992 heisst es dann: „Wir haben uns entschieden, dass wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heisst, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozess einstellen“ (vgl. Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 412).

<sup>10</sup> Fels, (Fn. 3), S. 213.

<sup>11</sup> Bis 1989 werden neun weitere Hungerstreiks folgen. Die Hungerstreiks sind ein gezielt eingesetztes Kampfmittel der Gruppe, vgl. ausführlich Fels (Fn. 3), S. 226ff.

Ensslin vom Stuttgarter Gefängnis aus koordiniert. Zwischen den auf verschiedene Gefängnisse verteilten RAF-Gefangenen besteht mit Hilfe ihrer Anwälte ein gut funktionierendes Informationssystem. Hinter Gittern führen sie ihren Kampf gegen den westdeutschen Staat weiter und reagieren mit Nachrichten, Attentatsplänen und Hungerstreiks auf die Vorgänge draussen. Die RAF entwickelt dabei in der Öffentlichkeit eine deutlich grössere politische Präsenz als zuvor mit ihren Schriften und Aktionen. Sie besitzt zu keiner Zeit des „Untergrundkampfes“ eine so magnetische Anziehungskraft auf Teile der Öffentlichkeit wie in der Haft<sup>12</sup>. Dabei wird sie unterstützt von einer Gruppe sympathisierender Strafverteidiger. Ein Teil der Anwälte demonstriert vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe mit dem Plakat „BGH = Brauner Gangsterhaufen“. In diesem aufgeheizten Umfeld wird der Prozess in Stammheim vorbereitet.

## V. Die Justizfestung

Das Gebäude, in dem vom 21. Mai 1975 bis 28. April 1977 während 192 Verhandlungstagen der Prozess gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe stattfindet, ist ausschliesslich zu diesem Zweck in zweijähriger Bauzeit errichtet worden. Auf offenem Feld entsteht neben der Justizvollzugsanstalt am Stadtrand von Stuttgart-Stammheim für 16 Millionen Mark eine eigentliche Justizfestung. Das Gebäude ist von einem Zaun, einer Backsteinmauer und einer Flutlichtanlage umgeben und wird weiträumig von berittener Polizei und von Helikoptern überwacht. Wer als Zuschauer, Journalist oder Verteidiger den Saal betreten will, hat bis zum Eingang mehrere Sperren und Kontrollen zu passieren und dann penible und peinliche Untersuchungen bis auf die Socken und Unterhosen über sich ergehen zu lassen. In dem mit Neonlicht ausgeleuchteten Saal sitzen die Zuschauer auf gelben Plastikschaalensitzen, hinter den Brüstungen der Emporen halten sich Präzisionsschützen der Polizei bereit. Tageslicht dringt nur durch schmale Oberlichter. Nicht nur die Angeklagten, auch die Richter sind hier eingesperrt. Im Innern des Saales herrscht „eine räumliche Separierung, die Gut und Böse streng voneinander getrennt hält: Richter und Bundesanwälte kommen durch eine gemeinsame Tür aus einem für Verteidiger unzugänglichen Bereich, was den optischen Eindruck der gemeinsamen Sache verstärkt. Sie haben sogar ihre eigene Kantine, eine architektonische Förderung von Intimitäten, die anderorts für Ablehnungsanträge reichen würde“, schreibt der Strafverteidiger Heinrich Hannover, der in einem späteren Prozess hier tätig sein wird<sup>13</sup>. „Man ist fast überrascht, dass es noch einen von allen gemeinsam benützten Verhandlungssaal gibt, wenngleich wir auch dort mit der mehrfach ausgesprochenen Drohung bedacht wurden, man werde uns selbst in der Verhandlung von unseren Mandanten durch eine Trennscheibe abschirmen“<sup>14</sup>.

In völliger gesellschaftlicher Isolation soll hier nun Recht gesprochen werden. „Der Spiegel“ fragt dazu am 19. Mai 1975: „Ist also die eigens konstruierte Trutzborg auf dem ehemaligen schwäbischen Rübenacker nur mehr ein Reflex auf ein ausserordentliches Sicherheitsrisiko – oder nicht schon Beton gewordenes Vorurteil? Kann eine Justiz, die sich für die Dauer der Verhandlung quasi selber mit einsperren muss, anders befinden als gegen die Angeklagten, die das alles bewirkt haben?“<sup>15</sup>. Für die Prozessbeobachter stellt sich die Frage, ob diese gespenstische Prozesskulisse den Anforderungen an einen „fair trial“ noch genügt oder ob

---

<sup>12</sup> Aust (Fn. 6), S. 301.

<sup>13</sup> Heinrich Hannover, Terroristenprozesse. Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers, Hamburg 1991, S. 114. Es war dies der Prozess gegen den 1981 verhafteten RAF-Aussteiger Peter-Jürgen Boock.

<sup>14</sup> Ebd., S. 114.

<sup>15</sup> Hier zitiert nach Pieter Herman Bakker Schut, Politische Verteidigung in Strafsachen. Eine Fallstudie des von 1972-1977 in der Bundesrepublik Deutschland geführten Strafverfahrens gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins, Jan Carl Raspe, Kiel 1986, S. 173.

nicht vielmehr so zu Prozessbeginn die Unschuldsvermutung bereits in ihr Gegenteil verkehrt ist.

## VI. Der Prozess

A. Die Hauptverhandlung gegen „Baader u.a.“, wie das Verfahren offiziell heisst, beginnt am 21. Mai 1975. Sie findet vor dem Zweiten Strafsenat des Oberlandesgerichtes Stuttgart statt. Vorsitzender Richter ist Dr. Theodor Prinzing. Die Anklage lautet auf vierfachen Mord, 54-fachen Mordversuch, zahlreiche schwere Körperverletzungen, sechs Sprengstoffanschläge, mehrere Banküberfälle mit schwerem Raub und zahlreiche Nebendelikte<sup>16</sup>. Drei der bisherigen Verteidiger der Angeklagten, Klaus Croissant, Kurt Groenewold und Christian Ströbele<sup>17</sup>, nehmen nicht am Prozess teil. Kurz vor dem Beginn der Hauptverhandlung sind sie vom Verfahren ausgeschlossen worden. Das gestützt auf das „Gesetz zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrens vom 20. September 1974“, dem sog. „Ersten Grossen Anti-Terror-Paket“, welches im Eiltempo vom Deutschen Bundestag in Hinblick auf den bevorstehenden Prozess in Stuttgart verabschiedet worden ist. Das Gesetz sieht eine Einschränkung der Rechte der Angeklagten und der Verteidiger vor. Es ermöglicht den Ausschluss eines Rechtsanwalts von einer bestimmten Strafsache, die Beschränkung der Zahl der Verteidiger auf drei sowie die Durchführung der Gerichtsverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten<sup>18</sup>. Die Justiz reagiert mit diesem Gesetz auf die Tatsache, dass sich im Vorverfahren mehrere Anwälte in das Kommunikationssystem der gefangenen RAF-Mitglieder haben einspannen lassen, indem sie RAF-Post transportierten und verteilten<sup>19</sup>. Auch soll verhindert werden, dass eine Überzahl von Verteidigern – im Vorverfahren waren bis zu 15 Verteidiger für einen Beschuldigten aufgetreten – und sich verhandlungsunfähig hungernde Angeklagte den Prozess lahm legen. Mit einem Sondergesetz wird damit in ein laufendes Verfahren eingegriffen. Das wird von der Strafrechtswissenschaft als unvereinbar mit grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien kritisiert<sup>20</sup>. Die „Effizienz“ des Strafprozesses wird aus politischen Gründen schwerer gewichtet als die Rechte der Angeklagten und der Verteidiger.

Entsprechend kommt es gleich am ersten Tag der Hauptverhandlung zum Streit zwischen dem Gericht und den Wahlverteidigern Otto Schily<sup>21</sup> und Rupert v. Plotnitz um die Tragweite des Ausschlusses der drei genannten Verteidiger. Gilt dieser Ausschluss nur für die Verteidigung von Andreas Baader, bei dem der Verdacht des Missbrauchs der Verteidigerrechte besteht, oder auch für die anderen Angeklagten? Das Gericht vertagt die Verhandlung und erklärt dann, der Ausschluss der drei Verteidiger gelte für den ganzen Prozess. „Freigeschöpftes, privatgeschöpftes Stammheimer Landrecht bricht Bundesrecht“ kommentiert Rupert v. Plotnitz diese Entscheidung<sup>22</sup>. In diesem feindseligen, für alle Seiten emotional sehr

---

<sup>16</sup> Hanno Kühnert, Ein Alptraum für Justiz und Staat. Das Strafverfahren gegen Baader und Meinhof, in: Uwe Schultz (Hrsg.), Grosse Prozesse, München 1996, S. 419.

<sup>17</sup> Christian Ströbele ist heute als Abgeordneter der Grünen Mitglied des Deutschen Bundestages. Vgl. seinen lesenswerten Rückblick auf die damalige Zeit in: Birgit Hogefeld, Ein ganz normales Verfahren. Prozessklärungen, Briefe und Texte zur Geschichte der RAF, Berlin 1996, S. 7ff.

<sup>18</sup> Aust (Fn. 6); S. 310ff.; Bakker Schut, (Fn. 15), S. 129f.

<sup>19</sup> Peters (Fn. 1), S. 168f.

<sup>20</sup> Siehe zu dieser ersten „Lex RAF“ eingehend Bakker Schut (Fn. 15), S. 132ff.

<sup>21</sup> Eindrücklich: Otto Schily, der 1975 gegen den deutschen Staat kämpfende Terroristen verteidigte, kämpft heute als deutscher Innenminister gegen die Aktivitäten (u.a. islamistischer) terroristischer Gruppierungen auf bundesdeutschem Gebiet. Am 11.12.2003 fand z.B. auf Anordnung von Schily eine Grossrazzia gegen die verbotene Organisation „Kalifatsstaat“ des Islamistenführers Metin Kaplan statt, die gegen Demokratie und Rechtsstaat hetzt; über 5000 Polizisten untersuchten rund 1000 Wohnungen, vgl. NZZ vom 12.12.2003, S. 2.

<sup>22</sup> Peters (Fn. 1), S. 174f.

belastenden Stil geht das Verfahren die nächsten Monate weiter. Die Angeklagten bezeichnen die Richter wiederholt als „imperialistische Schweine“ und als „faschistische Arschlöcher“<sup>23</sup>. Neben den Wahlverteidigern werden vom Gericht Pflichtverteidiger bestellt, die von den Angeklagten und den Wahlverteidigern mit Verachtung als „Zwangsverteidiger“ und als „Büttel“ der Anklage hingestellt werden. Ihr Platz im Gerichtssaal ist sprechenderweise nicht auf der Verteidiger-, sondern auf der Anklägerseite. Die Bundesanwaltschaft als anklagende Behörde verdächtigt ihrerseits die Wahlverteidiger wiederholt der Komplizenschaft mit den Angeklagten<sup>24</sup>.

B. In der zweiten Runde der Verhandlung wird um die Einschätzung der Haftbedingungen und der Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten gestritten<sup>25</sup>. Das Gericht ist zunächst der Auffassung, die Angeklagten seien auch nach mehreren Jahren Isolationshaft im „toten Trakt“ des Gefängnisses Stammheim voll verhandlungsfähig. Die Verteidigung vertritt die Auffassung, diese „Isolationsfolter“ habe bei den Angeklagten zu schwerwiegenden physischen und psychischen Gesundheitsschäden geführt. Nach Einholung mehrerer medizinischer Gutachten beschliesst das Gericht am 30. September 1975, die Verhandlung in Abwesenheit der Angeklagten weiterzuführen. Für das Gericht ist die Verhandlungsunfähigkeit nicht das Ergebnis der Isolationshaft, sondern das Resultat des Hungerstreiks der Gefangenen. So fehlen in der Folgezeit über weite Strecken des Verfahrens die Angeklagten; teilweise scheiden auch die Wahlverteidiger aus.

C. Diejenigen Verteidiger, die bleiben, versuchen streckenweise, eine „politische Verteidigung“ zu führen: nach ihrer Strategie geht es nicht um einen normalen Strafprozess gegen Kriminelle, sondern um einen Prozess gegen ausschliesslich politisch motivierte Täter. Otto Schily beantragt am 4. Mai 1976 die Vernehmung der Zeugen Richard M. Nixon, früherer US-Präsident, Melvin Laird und Daniel Jones, beide frühere US-Verteidigungsminister sowie General Creighton Abrams, früherer Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Vietnam. Ihre Aussagen zur Gewalt, die sie als führende Politiker und Militärs am vietnamesischen Volk hatten ausüben lassen, werde zeigen, dass die den Angeklagten zur Last gelegten Bombenanschläge gegen US-Militärstützpunkte in Deutschland gerechtfertigt gewesen seien<sup>26</sup>. Der Darmstädter Rechtsprofessor Axel Azzola, der Ulrike Meinhof verteidigt, stellt den Antrag, die Angeklagte als Kriegsgefangene anzuerkennen. Selbst wenn sie die in der Anklageschrift genannten Taten begangen hätte, müsste sie umgehend freigesprochen werden, denn im Krieg seien diese Taten nicht strafbar. Diese Anträge haben keinen Erfolg. Sie zeigen, dass sich die Angeklagten und vielleicht auch ihre Verteidiger in einem politisch-militärischen Kampf gegen die „imperialistischen“ Staaten Deutschland und Amerika sehen. Die Wahlverteidiger geben sich in solchen Momenten jedenfalls bewusst naiv. Otto Schily kann wohl nicht im Ernst angenommen haben, ein US-Präsident werde vor einem deutschen Gericht erscheinen. Es ging ihm offenbar darum, medienwirksam kund zu tun, in Stammheim sässen die Falschen auf der Anklagebank<sup>27</sup>. Indem das Gericht solche Beweisanträge ablehnte, vermied es andererseits krampfhaft, die politische Motivation der Angeklagten zum Thema im Prozess werden zu lassen. So reden Anklage und Verteidigung über weite Strecken aneinander vorbei: die Anklagebehörde und das Gericht wehren sich dagegen, sich mit den ideologischen Prämissen der Taten auseinanderzusetzen zu müssen; für die Angeklagten und ihre Verteidiger verdichtet sich umgekehrt der Eindruck, dass das Gericht befangen und voreingenommen ist.

---

<sup>23</sup> Vgl. z.B. Aust (Fn. 6), S. 351ff.

<sup>24</sup> Kühnert (Fn. 16), S. 420.

<sup>25</sup> Vgl. Aust (Fn. 6), S. 343ff.

<sup>26</sup> Peters (Fn. 1), S. 181f.

<sup>27</sup> Fels (Fn. 3), S. 244.

D. Zur Strategie der Verteidigung gehört es weiter, gegen das Gericht und namentlich gegen dessen Vorsitzenden Theodor Prinzing Ablehnungsanträge einzureichen. Der erste Ablehnungsantrag erfolgt gleich zu Beginn des Prozesses, der 85. (!) ist es schliesslich, der Prinzing zu Fall bringt. Dies als Ergebnis der „Akten-Affaire“: Bundesrichter Albrecht Mayer, stellvertretender Vorsitzender des 3. Strafsenates des BGH hatte in einem Schreiben vom 20. Juli 1976 an seinen Cartell-Bruder Herbert Kremp, Chefredaktor der Tageszeitung „Die Welt“ Informationen aus Gerichtsakten und Sitzungsprotokollen angeboten, mit deren Veröffentlichung Otto Schily und auch „Der Spiegel“ unglaublich gemacht werden sollten. Die von Albrecht Mayer der Zeitung angebotenen Informationen konnten nur von Theodor Prinzing stammen, was Mayer auch nicht gross zu vertuschen suchte. Dabei sitzt Mayer als Richter genau eine Instanz über Prinzing, nämlich in dem BGH-Senat, der für die Überprüfung von Urteilen des Gerichtes in Stuttgart-Stammheim zuständig ist. Es wird in der Folge deutlich, dass Prinzing häufiger wichtige Entscheidungen seines Gerichtes mit Mayer vorbesprochen hatte. Das führt nicht nur zur Versetzung von Mayer in einen anderen BGH-Senat, sondern im Januar 1977 auch zu einem Ablehnungsantrag gegen Prinzing durch den Pflichtverteidiger Manfred Künzel. Dieser Antrag verfängt: Prinzings Richterkollegen müssen nun eingestehen, dass der Vorsitzende gegenüber einem Verteidiger massiv voreingenommen und dem Prozess nicht mehr gewachsen ist. Theodor Prinzing scheidet aus und der Vorsitz wird nun von Richter Eberhard Foth übernommen<sup>28</sup>. In manchen Medienkommentaren wird von einem Pyrrhus-Sieg der Verteidigung gesprochen: mit böswilliger Diffamierung sei es der Verteidigung nun doch noch gelungen, einen Richter „fertigzumachen“. Für andere verhärtet sich der Eindruck, die Anklage- und Gerichtsbehörden würden sich ausserhalb des Gerichtssaales unzulässiger Mittel bedienen, um ihre eigene Position im Prozess zu stärken<sup>29</sup>.

E. Am 28. April 1977 verkündet der Vorsitzende Richter Foth das Urteil. Das vor leeren Plätzen: die Angeklagten und ihre Wahlverteidiger sind der Sitzung ferngeblieben. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe werden wegen vier Morden und 34 Mordversuchen zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Anwälte legen Revision ein, doch wird das Urteil nie rechtskräftig. In der Nacht zum 18. Oktober 1977, unmittelbar nach dem Scheitern der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“, begehen Baader, Ensslin und Raspe unter bis heute nicht völlig geklärten Umständen Selbstmord<sup>30</sup>. Schon zuvor, im Mai 1976, hatte sich Ulrike Meinhof das Leben genommen. Das nicht zuletzt deshalb, weil sie von den anderen inhaftierten RAF-Mitgliedern zunehmend gedemütigt und isoliert worden war. Sie, die als frühere Journalistin lange die Erklärungen der RAF formuliert hatte und so das Sprachrohr der Bewegung gewesen war, hatte zunehmend erkannt, dass sie sich und andere in die Irre geleitet hatte. Einen Weg zurück sah sie nicht mehr<sup>31</sup>.

Am Ende des Prozesses schreibt die „Badische Zeitung“ in einer Nachbetrachtung: „Der Rest ist Unbehagen. Man muss erwarten, dass der Stammheim-Prozess ein zweites Mal aufgerollt wird. Zu sehr häuften sich Fehler und Missstände, die diese Hauptverhandlung begleiteten. Verteidigung im rechtsstaatlichen Sinn war nicht möglich. Die feindselige und sabotierende Art der Angeklagten zwangen Justiz und Staat zu immer schärferen Reaktionen. Isolierhaft, Hauptverhandlung ohne die Angeklagten. Auch in Stil und Atmosphäre war dieser Prozess schäbig bis unwürdig. Schliesslich wurde das Urteil gesprochen, ohne dass ihm eine substantielle und fundierte Strafverteidigung vorausgegangen war. Da ein Strafurteil nie von

---

<sup>28</sup> Zu diesen Vorgängen im Einzelnen: Aust (Fn. 6), S. 418ff.; Bakker Schut (Fn. 15), S. 413ff.

<sup>29</sup> Vgl. Kühnert (Fn. 16), S. 420; Fels (Fn. 3), S. 246.

<sup>30</sup> Dazu Aust (Fn. 6), S. 573ff.

<sup>31</sup> Peters (Fn. 1), S. 183.

der Form, wie es erreicht wurde, getrennt werden kann, ist das Stammheim-Urteil ein Richterspruch von minderer Qualität, auch wenn es gerecht genannt werden kann“<sup>32</sup>.

F. Der Strafprozess in Stuttgart-Stammheim war in gewissem Sinn für die bundesdeutsche Justiz ein Fehlschlag. Seine Instrumentalisierung durch die Angeklagten hat der RAF viele Sympathisanten zugeführt; eine zweite und dritte Generation von Terroristen entstand, die in den achtziger Jahren weitere Gewalttaten verübte. Die westdeutsche Gesellschaft war durch diese Vorgänge zunächst traumatisiert und wollte mit dem Phänomen nicht weiter konfrontiert werden; eine Auseinandersetzung mit dem ersten Prozess in Stammheim fand ausser in Form von Rechtfertigungen hüben und drüben nicht statt. Bezeichnend für letzteres ist die Dissertation des niederländischen Rechtsanwalts Pieter Herman Bakker Schut, der sich während Jahren auf einem Hausboot alle traumatisierenden Erfahrungen als Terroristenverteidiger von der Seele schrieb, indem er auf über 500 Seiten penibel alle Versäumnisse und Fehler der deutschen Justiz in diesem Verfahren ausbreitete. Auch Jahre nach Prozessende konnte er nicht wahrhaben, dass sich die Stammheim-Häftlinge selber das Leben genommen haben<sup>33</sup>. Die Einseitigkeit seiner Darstellung zeigt, wie schwer sich die Strafverteidiger der Terroristen der Vereinnahmung durch diese entziehen konnten. Eine erste nüchterne Sammlung der Fakten und Ereignisse rund um den Stammheim-Prozess findet sich in dem 1985 erschienenen Buch von Stefan Aust<sup>34</sup>. Erst seit Ende der neunziger Jahre werden die Publikationen zur RAF zahlreicher. Offenbar musste die Zeit zunächst einen Abstand schaffen, um die Ereignisse objektiver betrachten zu können<sup>35</sup>.

## VII. Fragen im Rückblick

A. Zum Stammheim-Prozess 1975-77 und, etwas weiter gefasst, zur Justizgeschichte des RAF-Terrorismus stellen sich mehrere Fragen. Eine erste Frage ist jene, warum es den RAF-Terroristen der ersten Generation gelungen ist, so viele Nachfolger, Unterstützer und Sympathisanten zu finden. Dazu ist darauf hinzuweisen, dass der RAF-Terrorismus in Deutschland nicht isoliert entstanden ist, sondern als Teil einer grösseren gesellschaftskritischen Bewegung. Die „Studentenrevolte“ der 68er-Generation wurde in ihrem Gedankengut geprägt und beeinflusst durch eine Reihe hochkarätiger Vordenker<sup>36</sup>. Nicht nur die späteren RAF-Terroristen haben sich diese geistigen Grundlagen angeeignet, sondern viele andere Menschen auch. Die Konsequenzen, die gezogen wurden, waren freilich unterschiedlich. Um dem vermeintlich in Agonie liegenden kapitalistischen System den Todesstoss zu geben, sollten gemäss RAF-Logik einzelne hochrangige Exponenten von Politik und Wirtschaft getötet werden. Mittels der diese Anschläge begleitenden Erklärungen der RAF sollten die „Massen“ gegen das „imperialistische“ System mobilisiert werden. In diesen Erklärungen verharmloste man die eigene Gewalt und warf sich zum Verteidiger des Rechtsstaates auf. Die Reaktionen des Staates auf den Terrorismus wurden geschickt umgedeutet und in dieser Form in den Medien lanciert: aus der Isolationshaft wurde Isolationsfolter; die eigene Verhandlungsunfähigkeit war das Ergebnis der dort herrschenden Haftbedingungen, nicht der Hungerstreiks. Noch der eigene Selbstmord wurde als

---

<sup>32</sup> Zitiert nach Kühnert (Fn. 16), S. 423.

<sup>33</sup> Vgl. Bakker Schut (Fn. 15), S. 494ff.

<sup>34</sup> Vgl. Aust (Fn. 6).

<sup>35</sup> Das steht in einem bemerkenswerten Kontrast zum islamistischen Terror vom und nach dem 11.9.2001, den eine grosse Zahl vorwiegend westlicher „Terrorexperten“ in einer wahren Flut von Publikationen nun erklären will. Es ist offenbar leichter, das Verhalten von Menschen zu erklären, die auf der anderen Seite der Erde wohnen und einer anderen Kultur angehören, als die Taten des eigenen Nachbarn zu verstehen!

<sup>36</sup> Man denke hier an Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Ernst Bloch und andere, dazu Fels (Fn. 3), S. 43ff.



Kampfmittel verzwackt, indem man ihn als Mord inszenierte. Das alles hat seine Wirkung nicht verfehlt auf jene, die in dieser Zeit ein kritisches Verhältnis zum Staat hatten. Aus anfänglichem Erschrecken über die Gewalttaten wurde für manche Menschen Sympathie für die Täter. Die bedingungslose Kadaverdisziplin, die im Innern der RAF herrschte, die totalitären Mechanismen, die das Führungsduo Baader-Ensslin in der Gruppe spielen liessen, ihre Machtbesessenheit: all das blieb sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen. So konnten die Terroristen den Gutgläubigen und Naiven als „Helden“ in einem gerechten Kampf erscheinen.

B. Warum haben die westdeutschen Gesetzgebung- und Justizorgane auf den RAF-Terrorismus so reagiert, wie sie es taten? Die RAF-Terroristen haben es sehr gut verstanden, die systemimmanenten „Schwächen“ des liberalen Rechtsstaates für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Bei gestohlenen Autos wurde ein gefälschtes Kennzeichen eines gleichen Wagentyps benützt. Suchte die Polizei einen bestimmten Wagen als Tat- oder Fluchtfahrzeug, traf sie auf einen unschuldigen Fahrzeughalter. Kam es zum Kontakt mit der Polizei, schossen die RAF-Terroristen sofort und ohne Vorwarnung - damit die Tatsache ausnützend, dass den Polizeibeamten dies so nicht erlaubt war. Die Pressefreiheit wurde für die bundesweite Verbreitung der RAF-Erklärungen genutzt. Die Rechte und Freiheiten der Verteidiger wurden dazu verwendet, um Kassiber zwischen den inhaftierten Gruppenmitgliedern auszutauschen. Der deutsche Staat war auf diese Aktionen nicht vorbereitet. Er lief mit immer neuen Gesetzen den Entwicklungen hinterher. Dem „Ersten grossen Antiterror-Paket“ folgte am 18. August 1976 ein zweites<sup>37</sup>. Nach der Entführung von Hanns-Martin Schleyer wurde am 30. September 1977 ein „Kontaktsperregesetz“ erlassen, um den Kontakt zwischen den Inhaftierten und der Aussenwelt zu unterbinden. Hektisch wurde die Gesetzesmaschinerie angeworfen, wurden Freiheitsräume und Grundrechte eingeschränkt. Mit der Einengung ihrer Freiheiten zahlte die Allgemeinheit den Preis dafür, dass diese Freiheiten von einigen Wenigen missbraucht wurden. Der friedliche Bürger sass im liberalen Rechtsstaat mit Terroristen unfreiwillig im selben Boot.

C. Schliesslich: wie sind die Verteidiger der Terroristen mit ihrer Funktion und Rolle im Prozess umgegangen? Heinrich Hannover betitelt seinen Erfahrungsbericht als Strafverteidiger in Stammheim „Erfahrung mit der Angst“. Dies scheint ein treffendes Bild zu sein für das emotionale Setting, in dem sich die Verteidiger – und wohl auch die anderen am Prozess Beteiligten - wiederfanden. Mehrere Verteidiger haben im Laufe des Verfahrens ihr Mandat niedergelegt, weil sie der psychischen Belastung nicht mehr gewachsen waren. In diesem hochpolitischen Prozess halfen die üblichen berufsethischen Orientierungspunkte des Anwalts nicht weiter. Gleich wie die angeklagten RAF-Mitglieder von ihren Verteidigern bedingungslose Parteinahme erwarteten, reagierten auch die Gerichtsbehörden: es ging alsbald nicht mehr um die Feststellung von schuldig und unschuldig, sondern um die Trennung in Freund und Feind. Der Verteidiger fühlte sich von den Gerichtsbehörden als Komplize der Terroristen behandelt. Unter Stammheimer Prozessbedingungen, so Hannover, war die Wahrheitsfindung unmöglich<sup>38</sup>. Auch Christian Ströbele hält im Rückblick auf den ersten grossen RAF-Prozess fest, dass in politischen Prozessen wie diesen die materielle Gerechtigkeit auf der Strecke zu bleiben droht<sup>39</sup>. Das ist ein Fazit, welches Juristen nachdenklich stimmen muss.

---

<sup>37</sup> Dieses führte u.a. als neuen Tatbestand die „Bildung terroristischer Vereinigungen“ in das deutsche Strafgesetzbuch ein, erlaubte dem Richter die Anordnung von Untersuchungshaft auch ohne Flucht- oder Verdunkelungsgefahr und ermöglichte eine Postkontrolle zwischen den Verteidigern und ihren inhaftierten Mandanten.

<sup>38</sup> Hannover (Fn. 13) , S.115.

<sup>39</sup> Ströbele (Fn. 17) , S. 13.

## VIII. Momentaufnahme 2003

Anfang Dezember 2003 wird der in einem späteren Prozess verurteilte RAF-Terrorist Rolf-Clemens Wagner nach 24 Jahren Freiheitsstrafe vom deutschen Bundespräsidenten begnadigt. Eine Runde gesetzter Herren, darunter zwei frühere Justizminister deutscher Bundesländer, diskutiert aus diesem Anlass als „Zeitzeugen“ in einer Fernsehsendung<sup>40</sup> über die RAF. Die Emotionen gehen vor der Kamera rasch hoch, jeder verlangt die Interpretationshoheit über die Vorgänge damals. Auch die in Berlin geplante Ausstellung über die RAF bewegt die Gemüter. Offenbar ist die RAF jedenfalls in den Gefühlen und Erinnerungen der Diskussionsteilnehmer alles andere als bewältigt. Nur einer sitzt gelassen, fast abgeklärt da: es ist das frühere RAF-Mitglied Karl-Heinz Dellwo, der für seine Straftaten eine langjährige Freiheitsstrafe inzwischen abgeübt hat. Sein Fazit am Ende der Sendung: es sei ihm unklar geblieben, was er in dieser Runde solle.

---

<sup>40</sup> Es war dies die Sendung „Quergefragt!“ zum Thema: Gnade für die RAF. Falsches Zeichen in Zeiten des Terrors? des Senders „Südwest“ vom 10.12.2003.